

Haushaltsrede 2015
der
Vorsitzenden der SPD-Fraktion
im Kreistag Borken
Elisabeth Lindenhahn
Sitzung des Kreistages am 26. Februar 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

2014 war ein ereignisreiches Jahr. Ein Jahr in dem wir Weltmeister geworden sind.

Ein Jahr in dem die Bevölkerung mit Sorge den Verlauf der EBOLA Epidemie und den Konflikt in der Ukraine mitverfolgt hat.

Ein Jahr welches uns die Krisen dieser Welt näher gebracht hat. Abseits der virtuellen Welten über Facebook und Twitter und von bedrückenden und angst einflößenden TV Bildern, sind wir plötzlich unmittelbar – und deutlich stärker als sonst – von den Krisen in dieser Welt betroffen. Die Menschen, welche als Flüchtlinge ihre Heimat verloren haben, klopfen zunehmend an unsere Tür. Und das ist vielleicht das beste Signal, die schönste Geste des Jahres 2014, wir sind uns einig, dass wir die Türen öffnen und den Menschen unseren Schutz anbieten.

Wenn wir uns trefflich über Ziele, Wege und Ideen streiten, sollten wir doch gemeinsam zusammenstehen, um rechten Spinnern und menschenverachtenden Ideologien Einhalt zu gebieten. Gott sei Dank gibt es doch vieles – was demokratische Parteien verbindet.

Und dann war da noch die Kommunalwahl.
Die stärkste Fraktion ist nach wie vor die Gruppe der Nichtwähler, das beobachten wir alle mit großer Sorge. Das sollte uns aufrütteln. Aber es fordert uns auch!
Wir setzen darauf, dass eingefahrene Pfade verlassen werden und wir uns alle kritisch mit Vorschlägen aus den anderen Fraktionen auseinandersetzen, die Argumente ernst nehmen und dann gemeinsam die beste Lösung finden.

Wenn das das Ergebnis der letzten Kommunalwahl ist, haben alle gewonnen – besonders aber die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises.



Der Kreistag Borken wurde deutlich bunter. Zum Kreistag gehören nun auch Linke, Piraten und AFD – als Einzelkämpfer. Es wurden nach der Wahl Gespräche mit den anderen Parteien geführt, der geplante Zusammenschluss der FDP mit dem AFD Mitglied scheiterte an der Basis. Linke und Piraten erklärten dass sie als Gruppe im Kreistag zusammenarbeiten. Widerspruch dagegen wurde nicht erhoben, weder von Seiten der Politik noch von der Verwaltung. Der Kreistag konstituierte sich. Die Ausschüsse wurden besetzt. Es gab dafür einheitliche Wahlvorschläge von allen Fraktionen, Gruppen und der AFD. Dann ging es in die Sommerpause.

Nach den Ferien teilte der Landrat mit, dass er die Wahl des Kreisausschusses beanstanden müsse. Die Gruppenbildung Linke/Piraten sei unzulässig. Daher hätten sie auch keinen Wahlvorschlag für den Kreisausschuss einreichen dürfen. Es gebe entsprechende Rechtsprechung. Er habe auch ein Gutachten eingeholt, dass seine Meinung untermauere. Sollte der KT dem nicht zustimmen, so würde er die Angelegenheit der Bezirksregierung übergeben.

Borkener Landrecht?

Und damit begann des Hickhack. Sondersitzungen, Ausschüsse auflösen, neu wählen. Die wiederholten Anträge der Linken/Piraten auf Anerkennung als Gruppe gebetsmühlenartig ablehnen. Die vielfachen Anträge der Linken/Piraten waren nach der Geschäftsordnung nicht zulässig und wurden von der Verwaltung als Anfragen umgedeutet. So konnte dokumentiert werden, dass man diese nicht vom Tisch fegt.

Die Linken/Piraten haben zwischenzeitlich Klage eingereicht. Bis Ende November kamen noch weitere Anträge der Linken/Piraten. Bei der Änderung der Geschäftsordnung hat die SPD-Fraktion beantragt nicht nur Gruppen das Antragsrecht zuzugestehen, sondern auch den sogen. „Einzelkämpfern“. Damit die Anträge nicht wieder umgedeutet werden müssen.

Im Januar bekamen wir einen Vergleichsvorschlag. Der Kreis hatte vorgeschlagen, die Gruppe mit Wirkung vom 01.01.2015 anzuerkennen. Anfang Februar bekamen die Kreistagsmitglieder eine Pressemitteilung aus der hervorging, das Linke/Piraten ab 01.01.2015 als Gruppe anerkannt wurden. Später erfuhr die SPD-Kreistagsfraktion, dass diese Anerkennung nicht das Ergebnis eines gerichtlichen Vergleichsversuchs war.

Interfraktionelle Verhandlungen, die Ausschüsse und Gremien – aber nicht den Kreisausschuss - erneut neu zu wählen, schlugen fehl, da daran die Bedingung geknüpft wurde, das Linke/Piraten die Klage zurücknehmen. Das ist jetzt Stand der Dinge.

Kritisch anmerken muss ich jedoch die Informationspolitik des Landrates. Er hat den Kreistagsmitgliedern weder mitgeteilt, dass das Vergleichsangebot des Kreises von den Klägern abgelehnt wurde, noch weiß ich bis heute nicht, warum Linke/Piraten mit Wirkung 01.01.2015 als Gruppe anerkannt wurde. Linke und Piraten haben im November die letzten gemeinsamen Anträge eingereicht. Warum



jetzt eine Anerkennung zum 01.01.2015? Oder liegt es an einem Beschluss des OVG Düsseldorf? Herr Landrat, in der letzten Wahlperiode haben sie viele Sachen offengelegt.

Gehen Sie bitte diesen Weg weiter. Ihre Antwort, dass ich mich selber um Informationen kümmern müsse, kann ich so nicht stehen lassen. Ich denke Sie haben die Pflicht die Fraktionsvorsitzenden zu informieren, wenn in einem laufenden Verfahren neue Erkenntnisse gibt. Anderenfalls gibt es nur die Möglichkeiten, dass sie jeden Morgen von den Fraktionsvorsitzenden angerufen werden, die dann fragen: „was gibt es neues?“.

Wir hoffen, dass sich in der Klagesache schnell eine einvernehmliche Lösung finden lässt, damit sich der Kreistag mit den Dingen befassen kann, wofür er gewählt wird.

Wir wurden nicht gewählt, um uns mit uns selber zu beschäftigen, sondern um **Lebensqualität** herzustellen, damit sich die Menschen sicher und angenommen fühlen, um die Infrastruktur an eine moderne Gesellschaft anzupassen, die kulturelle Vielfalt zu fördern und um die Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu weit auseinander gehen zu lassen. Ein Auftrag, der weit über den Tag, auch über Wahltermine hinausreicht.

Der Kreis Borken muss für die hier lebenden Menschen ein gutes Zuhause sein, ihnen Sicherheit und Geborgenheit bieten – und das gerade, wenn sie sich in schwierigen Lebenssituationen befinden.

Wir dürfen keinen Menschen zurücklassen, ganz egal, ob er alt, männlich, weiblich, mit einem Migrationshintergrund versehen oder vor einer Behinderung betroffen ist.

Heute befassen wir uns mit dem Haushalt für 2015. Das Zahlenwerk ist von der Verwaltung solide aufgestellt. In 2014 hat die Verwaltung bei der Kreisumlage und bei der Jugendamtsumlage eine Punktlandung hingelegt.

Auch wenn sich einige Budgets etwas verschoben haben, passt das Zahlenwerk. Daher sind wir sehr erstaunt, dass die CDU/FDP vorschlägt, die Kennzahl für Heimunterbringungen zu reduzieren. Anstelle von 110 sollen nun 101 Unterbringungen für 2015 eingestellt werden - obwohl das Jugendamt diese Kennzahl gegenüber 2014 bereits von 120 auf 110 gesenkt hat - und das so „eingesparte Geld“ zur Senkung der Jugendamtsumlage einzusetzen.

Die SPD-Fraktion traut dem Jugendamt zu, eine gute und realistische Abschätzung des Bedarfs zu erstellen und möchten in diese gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht eingreifen. Wir sollten uns als Politik nicht anmaßen, diese Schätzung infrage zu stellen. Zudem sollten wir es unterlassen, durch das Heruntersetzen der Kennzahl das Jugendamt unter Druck zu setzen, gerade diese sensiblen Tätigkeiten mit allzu großer Rücksicht auf die **Jugendamtsumlage** durchzuführen.



Kommunales Integrationszentrum

Wir Sozialdemokraten haben die Anliegen der Menschen in den Städten und Gemeinden immer ernst genommen und in eine vernünftige Interessenabwägung mit dem Kreis einbezogen. Die Vielzahl der Flüchtlinge, die jetzt im Kreis Borken leben und es kommen noch viele hinzu, müssen als allererstes Wohnraum haben. Eine schwierige Aufgabe für die Kommunen, auch finanziell. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen den Flüchtlingen helfen sich hier heimisch zu fühlen. Aber häufig stoßen die „Ehrenamtlichen“ an Grenzen, weil Vernetzungen fehlen. Wir haben mit den Damen vom Kreisflüchtlingsrat gesprochen und sind mit Ehrenamtlichen ins Gespräch gekommen. Hilfestellung vom Kreis Borken durch die Einrichtung eines „kommunalen Integrationszentrum“ wurde als sehr wichtig bezeichnet.

Als erstes Flächenland hat Nordrhein-Westfalen 2012 ein Integrationsgesetz verabschiedet. Das "Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe- und Integration" hat das Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für Menschen mit ausländischen Wurzeln zu schaffen. Das Gesetz soll das Engagement der vielen in der Integrationsarbeit vor Ort aktiven Menschen bündeln und die Arbeit qualitativ weiterentwickeln.

Was soll und was kann ein solches Zentrum leisten?

Menschen mit Migrationshintergrund stehen, vor allem, wenn sie erst seit kurzer Zeit hier leben, vor einer Vielzahl von Problemen und Hürden, die zu bewältigen sind. Hierbei kann das Kommunale Integrationszentrum hilfreich zur Seite stehen.

Mit kommunalen Integrationszentren soll eine Unterstützung der Kommunen im Bildungs- und Integrationsbereich eingeführt werden, die letztendlich Menschen mit Migrationshintergrund zu gute kommt und gesamtgesellschaftlich betrachtet ein gutes Zusammenleben fördert.

Ein Kommunales Integrationszentrum (KI) informiert, unterstützt, begleitet und vernetzt in der Integrationsarbeit tätige Einrichtungen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Regeleinrichtungen – hierzu gehören z. B. vorschulische, schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen, Träger von Beratungsangeboten, Leistungsträger – werden ebenso beraten.

Es ist auch keine große finanzielle Belastung für den Kreis, das Land zahlt die Personalkosten – der Kreis Borken braucht lediglich Sachkosten zahlen. Das KIZ ist mit Einrichtungen des Landes vernetzt, so dass deutlich schneller Fragen beantwortet können, als wenn Einzelkämpfer vor ungelösten Fragen stehen. Aber was passiert hier? Zuerst gründen wir mal einen Arbeitskreis und dann sehen wir, ob das KIZ im Kreis Borken tatsächlich benötigt wird. Wir fragen uns, warum haben von 53 Kreisen und kreisfreien Städten 49 bereits ein Kommunales Integrationszentrum eingerichtet, wenn wir nach 3 Jahren erst mal prüfen müssen, ob wir das im Kreis Borken tatsächlich benötigen. Schade, mit einem „Ja“ zum jetzigen Zeitpunkt würden wir vielen ehrenamtlich Tätigen zeigen, dass wir ihre Arbeit anerkennen und ihnen jede mögliche Hilfe geben wollen.



Bei der Diskussion im Kreisausschuss ist uns sehr deutlich geworden, das zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, die Einrichtung des KIZ von Verwaltung und den Mitgliedern der anderen Fraktionen und Gruppen sehr kritisch gesehen wird. Wir haben deshalb die Einrichtung eines AK Integration zugestimmt. Wir ziehen unseren Antrag nicht zurück, sondern wollen ihn an diesen AK verweisen, der hoffentlich schnell tagen wird. Der AK soll sich mit dieser Thematik ausführlich befassen, Hindernisse aus dem Weg räumen und dann mit einer Stellungnahme an die zuständigen Fachausschüsse und den Kreistag – spätestens für die Sitzung am 24.09.2015 – weiterleiten. Sollte dann unser Antrag Zustimmung bekommen, können sofort die entsprechenden Anträge gestellt werden, damit in 2016 ein KIZ im Kreis Borken eingerichtet werden kann.

FMO

Wir werden mehrheitlich der Kapitalerhöhung für den Flughafen zustimmen. Viele mag das erstaunen, da die SPD-Kreistagsfraktion jahrelang immer den Ausstieg aus dem FMO gefordert hat. Allerdings hat uns der Kämmerer aufgezeigt, das ein Ausstieg nicht möglich ist. Jetzt geht es um die Dinge, die wir jahrelang befürchtet haben. Der Ausbau des Flughafens in - ich glaube 2002 - wurde vom FMO erst mal selber gestemmt. Das ging dann jahrelang gut. Durch starken Rückgang der Fluggastzahlen fährt der FMO immer mehr Verluste ein. Also was tun? Insolvenz? Für uns keine Lösung. Unabhängig davon, dass dadurch viele Arbeitsplätze im Münsterland verloren gehen würden, die meisten Kredite sind kommunal verbürgt, also müssen wir sowieso zahlen. Wir müssen daher einfach in den sauren Apfel beißen. Ob die Prognosen, die uns vorgelegt wurden, tatsächlich so eintreffen, wissen wir alle nicht. Wir hoffen jedoch, dass wir 2025 sagen können, der Einsatz für den Flughafen hat sich gelohnt.

Kreisumlage

Ich hatte schon angemerkt, das wir den Haushalt als solide aufgestellt betrachten. Richtigerweise haben weder wir noch die anderen Fraktionen und Gruppen Anträge in die Haushaltsberatung eingebracht, die den Haushalt stark belasten würden.

Wir laden zu unserer Haushaltsklausur auch unsere Fraktionsvorsitzenden aus den Kommunen ein. Wir haben lange diskutiert, denn inzwischen stehen viele Kommunen mit dem Rücken zur Wand. Auch wenn uns der Kämmerer Tabellen vorgelegt hat, das in 2013 die meisten Kommunen die Ausgleichsrücklagen noch hatten, hat sich das in 2014 grundlegend geändert. Wir lesen täglich in der Presse welche „Grausamkeiten“ auf die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen zukommen können. Verdoppelung der Grundsteuer, kein Geld mehr für Kultur, etc.. Auf unseren Einwand „Eine kleine Absenkung der Kreisumlage“ kann die Kommunen nicht retten, nächstes Jahr ist dann nichts mehr da“ antworteten die Fraktionsvorsitzenden „Jeder Euro weniger hilft“. Einer brachte es auf den Punkt: „Wenn ich krank bin, würdet ihr mir auch nicht Medikamente verweigern mit dem Hinweis darauf, dass nächstes Jahr nichts mehr da wäre. Im Moment hilft es mir und nächstes Jahr muss ich weiter sehen.“



Das war für uns das schlagende Argument. Wir wollen daher noch mal die Ausgleichsrücklage angreifen. Die Verwaltung hat inzwischen eine Höhe der Kreisumlage von 29,8 % Punkte vorgeschlagen – wir wollen noch eine weitere Absenkung auf 29,4 %. Damit ist immer noch genug in der Ausgleichsrücklage damit der Kämmerer evtl. Spitzen abfangen könnte.

Im Kreis Borken haben wir immer noch nicht das Problem **Förderschule Lernen** gelöst. Die Anmeldezahlen gehen immer weiter zurück. Durch die Vorgabe von Frau Löhrmann haben nur Schulen mit 144 Schülerinnen und Schüler Bestand und die werden in den einzelnen Schulen nicht mehr erreicht. Ich verstehe die Eltern, die für den Bestand ihrer Schule kämpfen.

Trotzdem muss eine Lösung her. Denn wenn jetzt nicht schnell ein Zusammenschluss der Schulen erfolgt, müssen alle Schulen geschlossen werden. Dann gibt es im Kreis Borken keine Förderschule Lernen mehr. Wir hoffen, dass die kommunale Politik eine Einigung erzielt. Keine Einigung würde bedeuten, dass den Eltern im Kreis Borken die Wahlmöglichkeit genommen wird, ob ihre Kinder in einer Regelschule oder in einer Förderschule beschult werden. Denn Wahlfreiheit ist nur möglich, wenn es dann auch ein Angebot in zumutbarer Entfernung gibt.

Es gibt noch viele Punkte, die ich ansprechen könnte, wie

- Mobilitätskonzept
- Anhebung der Beitragsfreigrenze bei KitaBeiträgen
- unabhängige Pflegeberatungen
- nachgewiesene erhebliche Nitratbelastung des Grundwassers
- Wohnraumberatung kreisweit
- Verbraucherberatung kreisweit
- etc.

Da meine Redezeit aber fast aufgebraucht ist, verzichte ich darauf. Wir werden im Laufe des Jahres über diese und weitere Punkte ausführlich diskutieren.

Abschließend will ich jedoch noch auf einen Punkt zu sprechen kommen – die **Jagdsteuer**.

Wir halten die Jagdsteuer nach wie vor für eine gute Idee. Die landesseitige Abschaffung war ein Fehler, die Bestrebungen der jetzigen Landesregierung sie zumindest optional wieder einzuführen, halten wir für völlig richtig. Allerdings der Antrag der CDU/FDP gegen die Novellierung des Jagdgesetzes und gegen eine Wiedereinführung der Jagdsteuer haben uns gezeigt:

Hier sitzen zu viele Anhänger einer Klientelpolitik, die den Jägern diese Steuer nicht zumuten wollen.



Ich möchte betonen: Die Verdienste der Jägerschaft um Umwelt- und Naturschutz will ich nicht kleinreden. Aber dennoch denke ich, dass mit der ja auch nicht gerade ausufernden Jagdsteuer ein Beitrag auch von den Jägern einzufordern wäre. Aber: Hier bleibt der Wunsch wohl Vater des Gedanken.

Für die SPD-Fraktion darf ich zusammenfassen, wir denken und handeln sozial, vorausschauend auch im Interesse der Schwächeren, der Familien, der jungen Menschen und der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Wir haben hohe Achtung vor Ihrer Arbeitsleistung.

Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich für die Streitkultur in diesem Hause bedanken.

Auch wenn wir nicht in allen Punkten einig sind, können wir uns sachlich streiten, ohne das zu Pöbeleien oder persönlichen Angriffen kommt. Wir wissen dies besonders zu schätzen, seit unserem letzten Besuch im Landtag.

Eine Zustimmung zum vorliegenden Kreis-Haushalt ist für die SPD-Fraktion nur möglich, wenn Sie unseren Antrag auf Senkung der Kreisumlage um weitere 0,4 Prozentpunkte zustimmen, so dass in 2015 eine Kreisumlage von 29,4 Prozentpunkte erhoben wird. Vielen unseren Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Jede Minderausgabe der Kommunen kann helfen, die eine oder andere Grausamkeit für die Bürgerinnen und Bürger abzuwenden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!